



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberg, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Martin Stock CSU

Förderung von Nichtregierungsorganisationen aus dem Staatshaushalt – Transparenz herstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Verbände und sonstige Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements leisten einen wertvollen Beitrag zur politischen Willensbildung. Ein Teil davon wird mit Mitteln des Staatshaushalts finanziell unterstützt.
- Im Sinne der Transparenz benötigt der Landtag eine übersichtliche, umfassende und ressortübergreifende Zusammenstellung darüber, welche NGOs und sonstigen Einrichtungen, deren Ziel politische Willensbildung außerhalb der Parlamente ist, in welcher Höhe finanziell mit Mitteln des Freistaates aus dem Staatshaushalt gefördert werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, in einer ersten Stufe eine strukturierte Übersicht zu erarbeiten, in der alle im Wesentlichen politisch orientierten bzw. regelmäßig politisch sich äußernden NGOs dargestellt werden und über deren Bezuschussung informiert wird.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Organisationen und deren Förderung in einer eigenen Übersicht regelhaft im Haushaltspunkt dargestellt werden. Diese Aufstellung soll erstmals zum Nachtragshaushalt 2027 erstellt werden.

Begründung:

Viele NGOs und andere Institutionen sind Bestandteil der politischen Willensbildung. Sie sind damit ein wichtiges Element unserer Demokratie und befördern bürgerschaftliches Engagement.

Ziel dieses Antrags ist es, einen Überblick darüber zu erhalten, welche Organisationen mit welchen Zielsetzungen in welchem Umfang staatlich unterstützt werden.

Der Staat als Zuwendungsgeber hat ein legitimes Interesse daran, bei der Vergabe von Haushaltsmitteln zur Unterstützung dieser Organisationen auch deren Arbeitsweise, deren Art der Teilnahme am politischen Diskurs und auch deren Verfassungstreue zu beleuchten.

Deshalb ist auch zu untersuchen, ob sich die Empfänger staatlicher Förderung uneingeschränkt auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegen und sich auch deutlich erkennbar aktiv von Einflussnahmen von rechts- und linksextremen Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen distanzieren.

Der Bericht dient neben der Transparenz auch der kritischen Überprüfung der eingesetzten Haushaltsmittel.